

Initiativantrag zur SPD-Stadtverbandsdelegiertenkonferenz am 11.03.2006

Die Stadtverbandskonferenz möge beschließen:

Die Eschweiler SPD unterstützt die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“ und die Volksinitiative NRW 2006.

Die Eschweiler SPD wird sich aktiv am Sammeln von Unterschriften für die Volksinitiative NRW 2006 beteiligen und somit ihren Protest gegen die unausgewogenen und unsozialen Kürzungen im Etat-Entwurf der Landesregierung für den Landeshaushalt 2006 äußern, der massive Einschnitte für die Maßnahmen und Einrichtungen der Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder sowie für Jugendliche und Familien vorsieht

Begründung:

Die Kürzungsabsichten betreffen:

- Das „Landesgesetz zur Kinder- und Jugendförderung“. Hier sollen allein von den bisher vorgesehenen 96 Mio. € für den Landeshaushalt 2006 rd. 21 Mio. € gestrichen werden, obwohl der Landtag das Gesetz mit einer Finanzausstattung von 96 Mio. € am 06.10.2004 beschlossen hat. Die Fraktionen von CDU und FDP forderten im Rahmen dieser Beschlussfassung, dass ein Finanzvolumen von 96 Mio. € bereits im Haushaltsjahr 2005 zur Verfügung gestellt werden sollte. Von diesen beabsichtigten Kürzungen wäre die Kinder- und Jugendarbeit der Verbände, der Kirchen und Kommunen mit ihren Kinder- und Jugendferienmaßnahmen, der sportlichen und politischen Jugendbildungsarbeit, den Kinder- und Jugendangeboten in Jugendheimen, Jugendzentren, Jugendinitiativen und auf Abenteuer- und Baupspielplätzen, die Kinder- und Jugend-Kulturarbeit, sowie die Jugendsozialarbeit mit ihren wichtigen Maßnahmen zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher massiv betroffen.

- Rd. 200 Mio. € für die Arbeit in Tageseinrichtungen, für die Familienbildungsstätten, die Erziehungs- und Familienberatung, die Familienselbsthilfe und für die Frauenhäuser wären davon betroffen. Darüber hinaus sind Kürzungen für die Weiterbildung, einschließlich der politischen Bildung vorgesehen. Allein bei der Sachkostenförderung der Kindergärten ist eine Kürzung von rd. 72 Mio. € vorgesehen. Mit der beabsichtigten Streichung der Erstattungsregelung bei den nicht erzielten Elternbeiträgen würde eine Jahressumme von 82 Mio. € den Kommunen nicht mehr zur Verfügung stehen. Hier handelt es sich um die bisherige Kostenerstattung des Landes für Elternbeiträge, die aufgrund geringer finanzieller Leistungsfähigkeit der Eltern von den Kommunen nicht eingenommen werden können. Gleichzeitig wird mit der vorgesehenen Regelung unterstellt, dass durch Elternbeiträge 19 % der Betriebskosten abgedeckt werden, obwohl bei der Verabschiedung des Gesetzes als realistische Quote der tatsächlich erreichte Anteil von 13 % unterstellt wurde und das Land sich aus diesem Grund auch zur Mitfinanzierung des Ausfalls verpflichtet hat. Die vorgesehene Neuregelung würde zu einer erheblichen Mehrbelastung von Eltern und Kommunen führen. Für Eschweiler bedeutet dieses Minderzuwendungen über 100.000 Euro. Aus der Sicht von Kindern und Familien würden ungleiche Lebensverhältnisse entstehen, wenn - je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Kommunen - unterschiedliche Elternbeiträge für vergleichbare Angebote gezahlt werden müssten.

Im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien ist es auch ein Anliegen der Volksinitiativen, dass keine Lastenverschiebungen auf Kommunen erfolgen.

Beschlossen von der SPD-Stadtverbandsdelegiertenkonferenz am 11.03.2006